

C GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

CB BILDUNG UND ERZIEHUNG

CBB Hochschulwesen

Deutschland

Handelshochschule <MANNHEIM>

1933 - 1945

- 25-1 *Verdrängt, vertrieben, ermordet* : Opfer von NS-Verfolgung an der Handelshochschule Mannheim / hrsg. von Angela Borgstedt und Sandra Eichfelder. - Ubstadt-Weiher [u.a.] : Verlag Regionalkultur, 2024. - 376 S. : Ill. ; 24 cm. - ISBN 978-3-95505-478-6 : EUR 34.80
[#9428]**

Ab dem Sommersemester 1932 studierte Inge Werner (Max Weinelt, S. 300 - 302) in Mannheim, wobei sie vor allem volkswirtschaftliche und juristische Lehrveranstaltungen besuchte und sich zugleich mit französischer Wirtschaftsgeschichte beschäftigte; zudem erfolgte die Ausbildung am Dolmetscherinstitut (Französisch). Das Wintersemester 1932/33 verbrachte sie an der Sorbonne in Paris, um im Sommersemester 1933 noch einmal an der Handelshochschule Mannheim zu studieren. Lediglich formal war sie noch im Wintersemester 1933/34 an der Universität Heidelberg eingeschrieben. Vielmehr fehlten ihr nach dem Tod des Vaters 1934 die Mittel, um ihr Studium fortsetzen zu können. Weit mehr aber noch wurde sie am Weiterstudium aufgrund ihrer jüdischen Herkunft durch die Verfolgungsmaßnahmen des NS-Regimes gehindert. Folglich mußte sie nach England emigrieren, wo sie ihre Sprachkenntnisse verbesserte und sich zur Sekretärin weiterbildete. 1935/36 lebt sie in Palästina und war 1936 ein halbes Jahr als Sekretärin in einer Bank in Haifa tätig, 1937 heiratete sie den ebenfalls im Exil lebenden renommierten Juristen und Politikwissenschaftler Franz Neumann.

Während des Krieges war sie mit Neumann in die USA übersiedelt, wo sie 1942 das Masterexamen in Geschichte an der Columbia Universität in New York erfolgreich abschloß. Nachdem Neumann 1954 bei einem Autounfall in der Schweiz verstorben war, heiratete sie im Jahr darauf einen Freund der Familie, den namhaften Soziologen Herbert Marcuse. Inge Werner war schließlich Dozentin an der Boston University und ab 1964 an der San Diego State University, wobei sie sich in ihren Lehrveranstaltungen mit neuen Sprachen beschäftigte. Sie starb 1973 mit gerade einmal 59 Jahren.

Der Jurist und Psychologe Otto Selz (Sandra Eichfelder, S. 174 - 178) hatte seit 1923 den Lehrstuhl für Philosophie, Psychologie und Pädagogik an der Handelshochschule Mannheim inne, deren Rektor er 1929/30 war. In seinen

Forschungen setzte er sich mit der Denkpsychologie auseinander und im Zusammenhang mit diesem Forschungsfeld betreute er zahlreiche Unterrichtsprojekte von Lehramtsstudierenden an Mannheimer Schulen. Im April 1933 wurde Selz aufgrund seiner jüdischen Herkunft zwangsweise beurlaubt, ab März 1934 erhielt er mit der endgültigen Zurruesetzung nur noch 75 % der ihm zustehenden Bezüge. Die erzwungene Beurlaubung verstieß dabei zu diesem Zeitpunkt sogar noch gegen das von den Nationalsozialisten selbst gesetzte Recht, denn Selz hätte, da er bereits vor dem 1. August 1914 verbeamtet worden war und zudem als mehrfach ausgezeichnete Soldat im Ersten Weltkrieg gekämpft hatte, 1933 noch im Dienst verbleiben können.

In den folgenden Jahren litt Selz unter dem fehlenden Kontakt zu Kollegen in der Forschung, zumal ihm aufgrund seines experimentellen Schwerpunktes ein wissenschaftliches Arbeiten ohne die Einbindung in eine wissenschaftliche Institution unmöglich war. Immerhin stand er noch mit seinem Schüler Julius Bahle (Sandra Eichfelder, S. 50 - 54) in Korrespondenz, den er dazu ermunterte, seine (also die Forschungen von Selz) zu veröffentlichen, wobei er freilich den Namen Selz nicht nennen sollte, um nicht selbst Risiken auf sich zu nehmen. Zugleich wird aus dem Briefwechsel mit Bahle deutlich: Selz war eine Persönlichkeit, für die stets die Beschäftigung mit der Wissenschaft ohne jede Rücksicht auf persönliches Befinden im Vordergrund stand.

Im Zuge der Reichspogromnacht wurde Selz ins Konzentrationslager Dachau deportiert, im Mai 1939 erfolgte die Flucht in die Niederlande, wo er in Armut leben mußte, denn seine Bezüge wurden zwar noch angewiesen, jedoch durften diese nicht in die Niederlande transferiert werden. Obwohl Freunde zur Flucht rieten, nachdem auch die Niederlande durch NS-Deutschland besetzt worden waren, lehnte Selz derartige Überlegungen ab. Er betonte vielmehr, er sei sich keiner Schuld bewußt. Auch gelang es ihm mit Hilfe niederländischer Kollegen, noch immer seine Fachstudien zu pflegen. Jedoch wurde Selz im Juli 1943 inhaftiert und über das Lager Westerbork nach Auschwitz verschleppt. Wenig später – das genaue Datum ist unbekannt – wurde er in Auschwitz ermordet.

An der Universität Mannheim hat sich eine umfangreiche Erinnerungskultur an Otto Selz etabliert. So wurde u.a. 1966 das Institut für Psychologie und Erziehungswissenschaften gegründet, das sechs Jahre später nach ihm benannt wurde und das sich die Pflege des Gedenkens an ihn ausdrücklich zum Ziel gesetzt hat. Ebenso wurde 2013 im Zusammenhang mit seinem 70. Todestag im Rahmen einer wissenschaftlichen Tagung an Selz erinnert. Inge Werner und Otto Selz stehen stellvertretend für Angehörige der heutigen Universität Mannheim, die aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer politischen Überzeugung von den Nationalsozialisten verfolgt und aus der damaligen Handelshochschule herausgedrängt wurden. Nicht zuletzt auf Anregung von Rektor Thomas Puhle haben Angela Borgstedt¹ und Sandra Eichfelder im

¹ Sie ist durch einschlägige Publikationen zum Nationalsozialismus im Südwesten ausgewiesen; **Mut bewiesen** : Widerstandsbiographien aus dem Südwesten / Angela Borgstedt, Sibylle Thelen und Reinhold Weber (Hrsg.). - 1. Aufl. - [Stuttgart] :

Zusammenwirken mit Studierenden und Kollegen ein Gedenkbuch an 39 Dozenten, 35 Studierende, vier Verwaltungsmitarbeiter sowie drei Ehrenwürtenträger der damaligen Handelshochschule Mannheim erstellt, die von den Nationalsozialisten diskriminiert, entrechtet und verfolgt wurden. Ausdrückliches Ziel des Bandes² ist es dabei, daß eben nicht nur an einige bekannte, bereits umfassender gewürdigte Verfolgte des NS-Regimes wie Otto Selz, sondern auch an viele, bislang weitgehend unbekanntere Persönlichkeiten erinnert wird. – Dabei gestaltete sich die Quellenrecherche oftmals kleinteilig und mühevoll. Denn während bei Professoren und Verwaltungsangestellten Personalakten vorliegen, „finden sich zu den Studierenden meist nur Karteiblätter, aus denen sich kaum mehr als Angaben zur Herkunft, zum Studienfach und zu den Semesterzeiten ermitteln lassen“ (S. 10).

Die insgesamt also 81 Biogramme von verfolgten Hochschulangehörigen werden ergänzt durch die Ausführungen von Sandra Eichfelder, die einen Überblick über den *Weg in die Diktatur, die Ausgangslage an der Handelshochschule Mannheim 1933* (S. 17 - 31) gibt.

Die in erster Linie von der Stadt Mannheim getragene Handelshochschule Mannheim entstand 1907. Ziel der Hochschulgründung war es, in Mannheim als dem zentralen Handels- und Gewerbezentrum Badens das kaufmännische Bildungswesen zu stärken. Angehenden Kaufleuten sollten sowohl praktische Erfahrungen als auch die theoretischen Grundlagen des eigenen Faches durch einige fest angestellte Dozenten, Lehrbeauftragte aus den Reihen der Heidelberger Professoren und Assistenten sowie von Praktikern aus der Wirtschaft, der Verwaltung und Schulen vermittelt werden. Die Zahl der Studierenden wuchs rasch an, jedoch kam der Studienbetrieb durch Einberufungen unter den Studenten wie auch den Dozenten während des Ersten Weltkrieges nahezu vollständig zum Erliegen. Nach dessen Ende wuchs die Handelshochschule Mannheim weiter, trotz erheblicher finanzieller Probleme, die sich bedingt durch die Inflation 1923 noch verschärften. Letztlich lebte die Handelshochschule ganz von der Unterstützung durch die Stadt, nachdem der Engere Senat der Universität Heidelberg 1919 eine Zusammenlegung abgelehnt hatte. Zu diesem Zusammenschluß kam es erst im Wintersemester 1933/34. Als Gründe für die Aufgabe der Handelshochschule nennt Eichfelder neben der Tatsache, daß diese nicht einmal ein eigenes Gebäude hatte, die ständigen finanziellen Proble-

Landeszentrale für Politische Bildung, 2017. - 525 S. : Ill. ; 24 cm. - (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs ; 46). - ISBN 978-3-945414-37-8 : EUR 19.99 [#5884]. - Rez.: **IFB 18-2**

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=9043> - **Speyer 1933-1945** : die Domstadt im Nationalsozialismus / hrsg. im Auftrag der Stadt Speyer von Angela Borgstedt, Christiane Pfanz-Sponagel. - Münster : Aschendorff, 2024. - XII, 756 S. : Ill., Diagramme ; 25 cm. - ISBN 978-3-402-25017-4 : EUR 29.80 [#9231]. - Rez. **IFB 25-1**

<http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=12944>

² Inhaltsverzeichnis: <https://d-nb.info/1337470619/04>

me und die Verkennung der Bedeutung kaufmännischer Bildungsstrukturen in der NS-Zeit.

Freilich hatte NS-Gedankengut schon in der Weimarer Zeit an der Handelshochschule Mannheim unter den Studierenden Fuß gefaßt. Grund hierfür war die wirtschaftlich krisenhafte Entwicklung und die fehlende Perspektive vieler akademischer Berufe. Unter diesen Voraussetzungen wandten sich viele Studierende dem Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund, NSDStB (gegründet 1926) zu. An der Handelshochschule Mannheim stellte dieser Ende 1928 den Antrag auf Zulassung – zum damaligen Zeitpunkt war Heinz Kleinau Vorsitzender des AStA, wobei Kleinaus geistige Einstellung stellvertretend für die vieler anderer Studierender stand. So war Kleinau Mitglied der „Wehrschaft“ Arminia, die in ihrer Satzung einen Arierparagrafen führte und 1932 schloß er sich dem NSDStB an.

Der NS-Studentenbund gewann rasch an Zustimmung. Bei den Frühlingswahlen 1929 erhielt er einen von zwölf Sitzen im AStA, im Jahr darauf waren es zwei und ab 1931 regelmäßig fünf Sitze, die auf die nationalsozialistische Studentenvertretung im AStA der Handelshochschule Mannheim entfielen. Den Gegenpol zum NSDStB bildete die Freie nicht Korporierte Studentenschaft sowie ab dem Wintersemester 1929/30 die Vereinigung Republikanischer Studenten, deren Ziel es war, „alle auf dem Boden der Weimarer Verfassung stehenden Kommilitonen zur Gemeinschaftsarbeit zusammen zu fassen“ (S. 23). Jedoch war der Stimmenanteil der Freien nicht Korporierten Studentenschaft sowie der Vereinigung Republikanischer Studenten bei AStA-Wahlen rückläufig. Ab 1931 verfügte der NS-Studentenbund mit dem Deutschen Hochschulblock (Korporationsstudenten) über eine absolute Mehrheit innerhalb des AStA. Bemerkenswerterweise beendete jedoch der Deutsche Hochschulblock 1933 die in den Vorjahren bestehende Zusammenarbeit mit dem NS-Studentenbund, so daß gegen den Kandidaten NSDStB 1933 ein Mitglied des Deutschen Hochschulblocks mit der Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Studierender und der Republikaner zum Vorsitzenden des AStA gewählt wurde. Freilich hatte diese Wahl „nicht lange Bestand, da freie Wahlen gemäß der badischen Studentenrechtsverordnung vom 20. Mai 1933 obsolet wurden und der Kommissar für Hochschulangelegenheiten Nordbaden den Vorsitzenden der NSDStB-Hochschulgruppe Mannheim, Heinz Franz, zum Führer der Mannheimer Studentenschaft bestimmte“ (S. 33).

Auch zahlreiche Dozenten der Handelshochschule waren bereits in den Jahren vor 1933 anfällig für NS-Gedankengut. Dazu trugen die schlechte Finanzierung der Hochschulen und fehlende Berufsaussichten bei: 20 bis 30 % der Dozenten waren politisch engagiert, meist bei der DNVP. Dementsprechend verbreitet war Antisemitismus und folglich wurden jüdische Bewerber regelmäßig benachteiligt. Gleichwohl gab es eine ganze Reihe jüdischer Dozenten, auch an der Handelshochschule Mannheim.

Die Folgen der „Machtergreifung“ machten sich an der Handelshochschule schnell bemerkbar. So untersagten bereits am 14. März 1933 die nationalsozialistischen „Kommissare“ der Stadt Mannheim den Einkauf bei jüdischen Firmen, eine Weisung, die Rektor Heinrich Sommerfeld umgehend an

alle Seminare weiterleitete. Am 5. April 1933 erließ Reichskommissar Robert Wagner im vorausseilenden Gehorsam eine Verordnung, die zwei Tage vor dem **Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums** die Entlassung aller jüdischen Beamten vorsah. Dementsprechend erfolgte noch im April 1933 die Kündigung aller jüdischer Dozenten und Ende des Monats die Neukonstituierung aller Hochschulgremien. Dabei bekannten sich alle Dozenten zum Gedankengut des NS-Staates und brachten dieses Bekenntnis symbolisch durch die Teilnahme an den Feierlichkeiten zum 1. Mai zum Ausdruck.

Der letzte Blick Eichfelders gilt dem „Verlust der Eigenständigkeit“ und der „Angliederung der Handelshochschule an die Universität Heidelberg“ (S. 27). Bereits im Frühjahr hatte NS-„Kommissar“ Carl Renninger zu erkennen gegeben, daß er die Handelshochschule aufgeben wolle. Während des gesamten Sommersemesters fanden Beratungen zwischen dem badischen Kultusministerium, den Oberbürgermeistern der Städte Mannheim und Heidelberg, den Rektoren und den „Studentenführern“ der beiden Hochschulen statt. In deren Rahmen mußte u.a. geklärt werden, wie die Kosten der Verlegung, die Übernahme der Ruhegehälter der vormaligen Mannheimer Hochschullehrer und ein kontinuierlicher Studienablauf für die Studierenden der Handelshochschule gewährleistet werden konnten. Schon am 30. Mai 1933 hatte das badische Kultusministerium die Etablierung einer wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Heidelberg bewilligt. Diese setzte sich ab dem Wintersemester 1933/34 aus dem bisherigen Institut für Sozial- und Staatswissenschaften, einschließlich dem Institut für Zeitungswesen der Universität Heidelberg sowie den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten der bisherigen Handelshochschule Mannheim zusammen. Gegenüber der Öffentlichkeit wurde die Zusammenlegung als Einsparmaßnahme propagiert. Freilich dienten Einsparmaßnahmen oft als Vorwand, um mißliebige Dozenten loszuwerden. Entsprechend schwierig ist es für die Forschung, herauszuarbeiten, welche Dozenten nur aus ökonomischen Gründen und welche aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer politischen Einstellung gekündigt wurden. – Der Band wird abgerundet durch einen Aufsatz über den Umgang der Universitäten Mannheim mit ihrer Vergangenheit (Angela Borgstedt, S. 345 - 359).

Der Rektor der Universität Mannheim hat bereits angekündigt, daß ergänzend zur vorliegenden Publikation, „eine vertiefte Aufarbeitung von Belastung und Täterschaft in Form einer Datenbank folgen wird. Als Universität ist es unsere Aufgabe, auch unsere eigene Geschichte zum Gegenstand der Forschung zu machen, auch deren dunkle Kapitel aufzuarbeiten (...) gerade an einem solch konkreten Untersuchungsgegenstand lässt sich eindrucksvoll zeigen, wie rasch für unverrückbar gehaltene Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit und zwischenmenschliche Solidarität in einem Unrechtssystem erodieren. Dies immer wieder bewusst zu machen, hat angesichts aktueller Herausforderungen besondere Relevanz“ (S. 6).

Michael Kitzing

QUELLE

Informationsmittel (IFB) : digitales Rezensionsorgan für Bibliothek und Wissenschaft

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/>

<http://informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=13002>

<http://www.informationsmittel-fuer-bibliotheken.de/showfile.php?id=13002>